

Gehörlose kritisieren Katastrophenschutz

Gehörlose in Deutschland fühlen sich nicht ausreichend vor Katastrophen gewarnt - insbesondere nach dem Hochwasser im Sommer. Eine App und ein besonderer SMS-Service könnten die Lage verbessern.

VON ANJA SOKOLOW

SOLINGEN/BERLIN Die Schafe von Christopher Brandenstein aus Solingen (Nordrhein-Westfalen) weiden normalerweise an der Wupper. Am 14. Juli wäre die Wiese für die Tiere beinahe zur tödlichen Falle geworden: Starke Regenfälle ließen den Fluss rasant über die Ufer treten. In Notsituationen wie bei der schweren Flutkatastrophe im Sommer hat es der 41-Jährige noch schwerer als viele andere Menschen, denn er ist gehörlos. Er kann sich nicht nur schwerer verständigen. Er hört auch Sirenen und Lautsprecher nicht.

Wenn die Rettungskräfte bei Gehörlosen eintreffen, werde in der Regel mit Stift und Zettel oder mit Angehörigen kommuniziert.

Beinahe in letzter Minute holte Brandenstein die Schafe mit Hilfe von Nachbarn von der Weide, doch viele Nachbarhäuser seien überflutet worden, so Brandenstein. „Wenn

es rechtzeitig Warnungen gegeben hätte, dann hätte es anders ausgesehen. Wir hätten uns dann gut vorbereiten können. Stattdessen gab es Panik, Angst und Chaos. Die Politik hat versagt“, sagt Brandenstein. Die Apps Katwarn und Nina hätten lediglich vor Starkregen gewarnt, nicht aber vor Hochwasser. Brandenstein selbst habe sich auf sein Bauchgefühl verlassen und bei seinen Nachbarn Alarm geschlagen.

„Die Warnsysteme reichen bei weitem nicht aus, selbst für die allgemeine Bevölkerung nicht“, sagt auch Daniel Büter, politischer Referent beim Deutschen Gehörlosen-Bund (DGB). Kurz nach der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen hat der DGB ein Papier veröffentlicht, in dem er der Bundesregierung einen mangelhaften Katastrophenschutz vorwirft. Sie verletze Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention. Laut

der Konvention muss Deutschland den Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen bei Naturkatastrophen gewährleisten. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) arbeite stetig daran, die Warnung der Bevölkerung so barrierefrei wie möglich zu gestalten, sagt eine Sprecherin. Neben



Der Gehörlose Christopher Brandenstein steht am Ufer der Wupper. Von der Hochwasserkatastrophe wurde er überrascht. Sein Fazit: Gehörlose werden von Katastrophensystemen nicht ausreichend gewarnt.

FOTO: FEDERICO GAMBARINI/DPA

Sirenen, Lautsprecheransagen oder Radiodurchsagen seien im Fernsehen Spruchbänder und Texteinblendungen zu lesen, um auch gehörlose Menschen auf die auftretenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Aus Sicht des DGB ist das aber zu wenig. „Untertitel sind meist nur im digitalen Fernsehen zu bekommen, doch das hat nicht jeder“, kritisiert Büter. Der Verband fordere seit langem, dass Gebärdensprachdolmetscher nicht nur in den Hauptnachrichtensendungen eingeblendet werden. „Wenn Feuerwehrleute, Bür-

germeister oder andere Personen im Fernsehen Interviews zur aktuellen Lage geben, sollte immer auch ein Gebärdendolmetscher daneben stehen“, sagt Büter. In anderen Ländern sei das üblich. „Deutschland ist in vielen Bereichen sehr rückständig“, sagt Büter, auch in Sachen Cell Broadcast. Mit diesem System können alle Menschen in Gefahrenbereichen, die sich in einer entsprechenden Funkzelle mit ihrem Handy aufhalten, per Textnachricht gewarnt werden. Eine App ist nicht nötig, die Technik funktioniert auch auf Tas-

tenhandys. Im August hat das Kabinett die Einführung dieser Technik auf den Weg gebracht, das BBK arbeitet daran. „Die Technik ist in vielen Ländern bereits im Einsatz, in Europa in den Niederlanden, Litauen, Rumänien und Griechenland. In Italien und dem Vereinigten Königreich soll der Dienst 2021 bereits starten oder gestartet sein“, ergänzt DGB-Sprecher Felix Wille Zante.

Das BBK hat zudem ein Förderprogramm für den Einsatz von Sirenen in Höhe von 88 Millionen Euro aufgelegt. Es müsse auch mehr visuel-

le Warnungen geben. Sirenen sollten demnach auch leuchten und durchgesagte Anweisungen per Lautsprecher auch per Text-Laufband auf Einsatzfahrzeugen oder an Monitoren abgespielt werden.

Es müsse auch möglich sein, barrierefrei einen Notruf abzusetzen, so der Referent. Hier setze der Verband seine Hoffnungen in die Bundesnotruf-App Nora, deren Einführung immer wieder verschoben wurde. „Die App „nora“ wird zum Ende des dritten Quartals, also wohl noch in diesem Monat, erhältlich sein“, kündigt Matthias Gebler, Sprecher des federführenden Innenministeriums Nordrhein-Westfalen, an. „Die App wird Menschen mit Hörbeeinträchtigung sehr helfen. Nicht alle können ohne weiteres einen Gebärdendolmetschendienst nutzen, der auch in Notfällen weiterhilft“, ist Carsten Schneider, Experte des Deutschen Feuerwehrverbandes, überzeugt.

Wenn die Rettungskräfte bei Gehörlosen eintreffen, werde in der Regel mit Stift und Zettel oder mit Angehörigen kommuniziert. Beim Wupper-Hochwasser hätten die Feuerwehrleute zunächst mit Taschenlampen durch das Fenster geleuchtet, da die Türklingel mit Blitzlicht wegen des Stromausfalls nicht mehr ging, erzählt Brandenstein von der Nacht, in der sein Haus evakuiert wurde. Die Rettungskräfte hätten dann Sprachnachrichten in ihre Handys gesprochen, die er lesen konnte.